

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 165 SONNTAG, 9. August 1936

Aus dem Inhalt:
Der „deutsche Sozialismus“
ohne Maske
Internationaler Faschistenputsch
Schießerei in Danzig
Deterding und Hitler

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Olympiade mit Bürgerkriegsbegleitung

Die Hand des Nationalsozialismus in Spanien

Bei der Eröffnung der olympischen Spiele in Berlin hat der Reichspropagandaminister Göbbels den Vertretern der Auslandspresse eine lehrreiche Ansprache gehalten, in der er ihnen beigebracht hat, daß jede Kritik verboten sei, und daß dies in Deutschland Meinungsfreiheit heiße. Nach dieser Instruktion hat er als Aufgabe der Presse während der olympischen Spiele gepriesen, »einmal vom Glück der Völker und nicht von ihren Sorgen zu berichten.«

Die verlogene Phrase sagt das gleiche wie die Parole des Ley für die deutschen Arbeiter »Freut euch des Lebens — und sie trifft die gleiche Sache. Die Berliner Olympiade ist ein einziger großer »Kraftdurch-Freude«-Rummel für die Völker der Welt. Aus allen braunen Blättern schreit es in größten Lettern, aus allen Lautsprechern dröhnt es von früh bis spät nachts: Laufen, Speerwerfen, Kugelstoßen, Schwimmen, Fechten, goldene Medaillen, erste, zweite, dritte Sieger, Weltrekord, Weltrekord, Weltrekord . . .

Das Glück der Völker? Das ist das Glück der Völker, dieser Tanz auf dem Vulkan, dieses Nichtsehenwollen, diese kramptige Berausung wider besseres mahnendes Wissen? Es ist die Sorte Glück, die die braunen Rattenfänger für die künftigen Schlachtopfer ihrer Politik präpariert haben!

Diese Sorte von Glück bezahlen alle jene, die sich dazu drängen — zu welchem Volke sie auch immer gehören mögen — mit einem schimpflichen Flecken auf ihrer Moral. Sie bezahlen damit, daß sie sich über die ungeheuerliche Sklaverei des Volkes hinwegsetzen, bei dem sie festliche Spiele begehen. Sie feiern, sie berauschen sich am Rekordwahn in einem Lande, das aufrechte Menschen zu hunderten Tausenden einsperrt und schlechter als Hunde behandelt, das Menschen zu Krüppeln schlägt und zu Tode foltert, nur weil sie die Freiheit lieben! Sie wollen nichts wissen vom Wüten der Terrorjustiz, von Konzentrationslagern, von Pogromen, von den Verbrechen der Despoten. Sie feiern, während in Deutschland Millionen blutige Tränen der Erniedrigten und Geschlagenen, Tränen des Leids, des Zornes, des Hasses und ungestillter Rache fallen. Aber es kommt ein Tag, an dem die Gedankenlosen bitter bereuen werden, der Tag, an dem sie erkennen werden, daß sie Spielbälle des Faschismus gewesen sind — im Spiele gegen ihr eigenes Recht, ihre eigene Freiheit und ihr eigenes Interesse.

Das braune System triumphiert, weil die ungeheuer betrügerische Ablenkungsaktion der Berliner Olympiade gelungen ist. Es ist ein Triumph für den Augenblick, dem die Vergeltung auf dem Fuße folgt. Wenn es erst die Maske abwirft, wenn nicht mehr vom Glück der Völker, sondern vom deutschen Diktat, von brutaler, aufs neue rechtbrechender Gewalt die Rede sein wird, dann wird die Empörung der Betrogenen und Getäuschten eine moralische Kraft werden, die mit Tanks und Flugzeugen nicht aufgewogen werden kann.

»Einmal vom Glück der Völker und nicht von ihren Sorgen berichten« — aber das gelingt ihnen nicht einmal in ihrer dirigierten Presse. Da schiebt sich die faschistische Brandstiftung selbst vor den Propagandarummel der Olympiade, da beten sie für den Sieg der blutigen, verbrecherischen spanischen Gegenrevolution,

und in Ermangelung dieses Sieges lügen sie ihn zusammen, da beschimpfen sie die französische demokratische Regierung und decken die faschistische italienische Hilfe für die Rebellen, da treiben sie eine Greuelhetze gegen die rechtmäßige demokratische Regierung in Spanien, die der schlimmsten Bolschewistenhetze zur Zeit des russischen Bürgerkrieges gleichkommt.

Die heilige Allianz des Faschismus, die, ehe sie zum Angriff übergeht, den Krieg in die Völker selbst trägt, das ist das Glück der Völker, das sie meinen. Jetzt tritt sie unverhüllt hervor. Es gibt genug Tatsachen, die ihr Wirken belegen, und die den Betroffenen bekannt sind: in Südamerika, in den englischen Kolonien, in Palästina, in Holland und Belgien. Eine Reihe von Tatsachen ist veröffentlicht worden, die erkennen lassen, daß die spanische Gegenrevolution Hilfe und Unterstützung vom braunen System erhalten hat, daß eine gegenrevolutionäre Verschwörung vorliegt. Die Verschwörung ist im Geheimen gemacht worden, aber die Bundes- und Gesinnungsgenossenschaft ist öffentlich.

Das blutige Verbrechen der spanischen Gegenrevolution nennen sie nach ihrem eigenen Vorbild »nationale Erhebung«. Großzügig sehen sie darüber hinweg, daß ihr Bundesgenosse, der Rebell Franco, farbige marokkanische Truppen gegen sein Mutterland führt — der Weißgardist mit

schwarzen Truppen — da ist nicht die Rede von europäischer Schande, von Verräterei, von schwarzer Schmach. Um so mehr reden sie von angeblichen Greuelthaten der spanischen Regierungsanhänger, die als Kommunisten, als Bolschewisten, als rote Untermenschen beschimpft werden, von denen Europa gerettet werden muß. Nun, auch wir deutschen Sozialdemokraten gehören zu den roten Untermenschen, vor denen Hitler die europäische Kultur durch die »nationale Erhebung« in Deutschland retten mußte. Wird nun endlich der Sinn des nationalsozialistischen »Kreuzzuges gegen den Bolschewismus« klar? Eine demokratische parlamentarische Regierung, die sich gegen ein gegenrevolutionäres Verbrechen zur Wehr setzt — das ist Bolschewismus. Widerstand gegen die Verschwörung des internationalen Faschismus — das ist Bolschewismus. Mit einem Worte: die kämpfende Demokratie — das ist der Todfeind des Nationalsozialismus, den er als »Bolschewismus« und »Kommunismus« verschreit. Die Regierung Léon Blums ist für die mindere braune Presse schon ein bedenklicher Ausfluß roten Untermenschentums, und wenn die Engländer sich eines Tages besinnen werden, dann kann es nicht nur die Labour Party, sondern selbst ein Liberaler wie Sir John Simon noch zum Bolschewisten bringen.

Wird nun endlich die europäische De-

mokratie begreifen, daß sie kämpfen muß, daß sie die Pflicht zu einer energischen Intervention der demokratischen Idee hat, daß sie alle aus Halbheit und Konservatismus der Idee geborenen Hemmungen abschütteln und auf die bewaffnete und verschwörerische Intervention des internationalen Faschismus mit einer mächtigen Offensive der demokratischen Idee antworten muß? Wird sie begreifen, daß es nicht dem Frieden dient, wenn ein faschistisches Verbrechen nach dem anderen bemäntelt, entschuldigt, verschwiegen wird — nur um die Verschwörer an den Konferenztisch zu bringen, sondern daß die schonungslose Aufdeckung und Brandmarkung der Umtriebe und Verbrechen notwendig ist? Es ist die Halbheit der Demokratie, auf die der internationale Faschismus spekuliert.

Die Schüsse im spanischen Bürgerkrieg sind die Begleitmusik zu den Berliner Festen. Dort die Hypnose nach faschistischem Propagandarezept, die die Völker von der Wahrung ihrer Interessen ablenkt, hier die blutige Wirklichkeit. Die Sorge der Völker, das ist der Bürgerkrieg, den die faschistische Verschwörung vorbereitet, das ist der allgemeine Krieg, der alle bedroht. Feste feiern und vom Glück der Völker reden — das mag die Presse der Verschwörer und ihrer Helfershelfer. Die Pflicht aller Demokraten ist es, den Völkern ihre Sorgen in die Ohren zu schreien, bis sie erwachen!

Was hat Deterding in Deutschland vor?

Er läßt deutsche »Siedlungswillige« ausbilden . . .

Zu einer Zeit, als die deutsche Schwerindustrie den Versprechungen Hitlers mit Hilfe der SA die deutsche Wirtschaft von dem »Terror« der Gewerkschaften zu befreien, noch mißtraute, besaß der Führer bereits eine wichtige internationale Verbindung zu einem einflußreichen wirtschafts- und finanzpolitischen Konzern. Sein Pressechef Hanfstängel hatte ihm im Jahre 1930 mit dem Oelkönig Sir Henry Deterding von Royal Dutch und Shell bekannt gemacht. Es kam zu wiederholten Gesprächen, bei denen sich eine weitgehende Gesinnungsübereinstimmung herausstellte. Aber das produktive Fazit der Unterhaltungen war, daß sich Hitler eine materielle Hilfsquelle eröffnete, die man häufig und immer anbahnen konnte.

Heute gehört Deterding zum engsten Beraterkreise des Regimes in allen einschlägigen Fragen. Es versteht sich, daß eine Hand die andere wäscht. Die Benzine und die Oele des Shellkonzerns genießen vielseitige rentable Privilegien, die mit Recht den Neid und die Eifersucht der Konkurrenz herausfordern. Die Position des Shellkonzerns an der »Autofront« des Dritten Reiches ist nahezu uneinnehmbar.

Was aber bedeutet es, daß man dem englischen Oelmagnaten fortlaufend große Güterkäufe im Dritten Reich gestattet? Die braune Presse berichtet darüber:

»Zu den Meldungen über Güterkäufe des englischen Oelmagnaten in Mecklenburg erfahren wir folgende Einzelheiten:

Sir Henri Deterding hat schon vor langer Zeit in Schwerin die Friedrich-Heinrich-Landstiftung gegründet, die Siedlungswillige praktisch und charakterlich ausbilden soll. Sie wird von einem Kuratorium verwaltet, das aus dem

Reichsstatthalter von Mecklenburg, Hildebrandt (Schwerin), Sir Henri Deterding (Dobbin) und W. Rudeloff (Hamburg) besteht und unter der Aufsicht des Staatsministers als Oberster Aufsichtsbehörde arbeitet. Ihr Stifter bedachte sie mit 300.000 Mark Betriebskapital.

Außerdem erwarb sich Sir Henri Deterding auf seinen Namen das Landgut Dobbin bei Krakow im Kreise Parchim in Mecklenburg. Auch hier sollen Siedlungswillige in größerem Maßstabe ausgebildet werden und der Gutsherr hat gesagt, daß die Herrschaft in keiner Weise belastet wird. Sie soll nach seinem Tode an die Friedrich-Heinrich-Landstiftung fallen. Diese Stiftung erwarb auch den ehemaligen Besitz des verstorbenen Prinzegebals Heinrich der Niederlande in Mecklenburg.«

Das sieht auf den ersten Augenblick wie reine Menschenfreundlichkeit aus. Ein ausländischer Magnat legt, voller Gläubigkeit an das nationalsozialistische Deutschland, Geld in Landkäufen an, nicht um privaten Nutzen daraus zu ziehen oder darauf das Leben eines Feudalherren zu führen, sondern um »Siedlungswillige« auf seine Kosten ausbilden zu lassen. Um die Käufe ganz einwandfrei erscheinen zu lassen, wird ein Kuratorium mit hohen Würdenträgern des Dritten Reiches eingesetzt, die mit den Geldern des edelherzigen Stifters wirtschaften können. An solche Männer soll das Volk voller Hingabe glauben!

Was aber ist Wahrheit? Aus seinen ungeheuren Gewinnen hat ein internationaler Sozialreaktionär eine für seine Verhältnisse bescheidene Summe abgezweigt, um sich den politischen Vermittlern seines Privatmonopols dankbar zu erweisen. Auf Deterdings Gütern, mit Deterdings Stiftungen, sollen dem Regime

getreue Shell-Sklaven erzogen werden, besonders »charakterlich«, wie es in der parteioffiziellen Verlautbarung heißt. Zugleich schiebt der Oelkönig seine Vormachtstellung in Petroleum, Benzin und Oel einen weiteren Sektor vor, durch nationalsozialistische Protektion stärker als zuvor gegen das Eindringen der Konkurrenz geschützt.

Alle Tarnung durch Philantrophie vermag dieses korruptive Zusammenspiel nicht zu verbergen. Eines Tages wird sich erweisen, auf wieviel Oelfässern Deterdings Hitler in die Macht geschwommen ist, und wieviel ihr Besitzer daran auf Kosten des deutschen Volkes verdient hat.

Terrorjustiz gegen Sozialdemokraten

Der dritte Prozeß gegen Sozialdemokraten in Duisburg hat begonnen.

Am Montag dem 27. 7. 1936 wurde die Verhandlung gegen die dritte Gruppe von Sozialdemokraten vor dem II. Strafsenat des Oberlandesgerichts Hamm, das im Duisburger Landgerichtsgebäude tagt, eröffnet.

In der ersten Gruppe waren es 56, in der zweiten 80 und jetzt sind es 51 Angeklagte, die vor dem Richter stehen. Die 51 Männer und Frauen stammen aus den Orten Duisburg, Hamborn und Lintfort.

Die beiden bereits abgeurteilten Gruppen und die jetzt vor Gericht stehenden sind ein Teil der 800 Angeklagten Sozialdemokraten aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet, die im Sommer 1935 unter der Beschuldigung, sich im Sinne der Sozialdemokratischen Partei betätigt zu haben, verhaftet wurden.

Wilde Schießerei im Freistaat Danzig

Bewaffnete SA wird auf die Arbeiterschaft
losgelassen.

Eine Wochenendfahrradtour, die Danziger oppositionelle Radfahrer nach dem Frischen Haff, einer Bucht an der Ostsee, unternahmen, hatte als Abschluß eine wilde Schießerei, bei der es einige Verletzte gab. Die Danziger Radfahrer hatten die Nacht von Sonnabend zu Sonntag bei einem Landwirt in Laschken verbracht, der ebenfalls als Nichtnationalsozialist im Dorfe bekannt ist. Am Sonntagvormittag badeten die Danziger im Frischen Haff und fanden sich zum Mittagessen wieder bei dem Besitzer in Laschken ein. Plötzlich erschienen aus der Kreisstadt Tiegenhof zwei Gendarme, die eine eingehende Untersuchung nach Waffen vornahmen. Es wurden jedoch keinerlei Waffen gefunden.

Als dann die Danziger Radfahrer am Sonntagnachmittag die Rückfahrt nach ihrer Heimatstadt antreten wollten, mußten sie feststellen, daß die Straßen, die sie passieren mußten, von SA-Leuten belagert wurden. Arbeiter aus dem Dorfe Stuthof, die den Danziger Arbeitern politisch nahe stehen, begleiteten darauf die Danziger Radfahrer aus der Gefahrenzone heraus. Die Danziger kamen dann auch wohlbehalten in ihrer Heimatstadt an.

Schlimm erging es jedoch den Landarbeitern aus Stuthof, die ihnen Schutz gegen den SA-Terror gewährt hatten. Die zurückkommenden Landarbeiter aus Stuthof wurden bei Eingang des Dorfes von etwa 20 SA-Leuten, die unter Führung eines SA-Sturmführers standen, überfallen und geschlagen. Selbstverständlich wehrten sich die überfallenen Arbeiter, worauf die SA-Leute aufgefordert wurden, zu schließen.

Ein großer Teil der SA-Leute zog darauf Revolver und schoß auf die Arbeiter. Andere SA-Leute gingen mit Dolchen auf ihre politischen Gegner los. Es entstand eine wilde Schießerei bei der zwei der überfallenen Arbeiter erheblich verletzt wurden.

Ihre Räder wurden zertrümmert. Bei diesem Ueberfall tat sich auch der Polizeidiener der Gemeinde Stuthof außerordentlich hervor.

Damit war der Groll, den die SA-Leute wegen des mißglückten Ueberfalls auf die Danziger Radfahrer hatten, noch nicht veräußert. Einige Tage später wurden die SA-Leute aus der ganzen Umgebung in Laschken versammelt und in das Gasthaus einquartiert. Nachdem sie erhebliche Mengen Alkohol konsumiert hatten, traten sie abends 11 Uhr von dem Gasthaus an, in der Absicht, eine Strafexpedition gegen das Dorf Laschken zu unternehmen. In ihrer Trunkenheit veranstalteten die SA-Leute eine wilde Schießerei auf der Landstraße.

Nur dem Umstand, daß die Landarbeiter von dem geplanten Ueberfall Kenntnis erhielten und sich auf den Ueberfall vorbereiten konnten, ist es zu verdanken, daß die geplanten Terrorakte nicht zur Durchführung kamen. Die SA-Leute begabten sich, wie wild in die Luft zu knallen. Stundenlang wurde die Landstraße von ihnen beherrscht.

Der Besitz von Schußwaffen ist durch eine Rechtsverordnung des nationalsozialistischen Senats unter schwere Strafen gestellt. Es sind jahrelange Gefängnisstrafen vorgesehen für derartige Uebertretungen. Dennoch befinden sich viele SA-Leute im Freistaat Danzig im Besitz von Schußwaffen, wie die Terrorakte gegen Nichtnationalsozialisten in den letzten Monaten gezeigt haben. Bisher ist nicht in einem einzigen Falle ein Nationalsozialist wegen des Besitzes von Schußwaffen bestraft worden. Mit seiner ganzen Schärfe wird das Gesetz jedoch gegen Nichtnationalsozialisten angewandt.

Andrés Frau ins Ausland geflüchtet

Martha Berg, die Frau des vom Hamburger Oberlandesgericht zum Tode verurteilten Edgar André ist ins Ausland geflüchtet. Martha Berg war auch in Haft, mußte aber auf Grund der Interventionen einiger ausländischer Rechtsanwälte im vorigen Monat aus der Haft entlassen werden und es scheint ihr jetzt gelingen zu sein, sich den Beobachtungen der Gestapo zu entziehen und sich selbst in Sicherheit zu bringen.

Der Putsch des internationalen Faschismus

Der heidenhafte Freiheitskampf der spanischen Republikaner gegen den faschistisch-militaristischen Putsch der meuternden Generale ist nicht nur für die Zukunft der spanischen Arbeiterklasse und in ihrer Rückwirkung für die der europäischen Freiheit von außerordentlicher Bedeutung; sein Ausgang ist schicksalhaft für die auswärtige Politik und die Gestaltung der Machtkonstellation der europäischen Staaten.

Schon Mussolinis Sieg über Abessinien bedeutete eine Machtumwälzung im Mittelmeer und damit eine Bedrohung der englischen Weltstellung. Vom italienischen Herrschaftsbereich in Afrika aus, in dem jetzt die Quellen des blauen Nils liegen, kann die englische Stellung in Ägypten und im Sudan, kann Englands Weg durch das Rote Meer unmittelbar bedroht werden. Dazu müssen aber die Verbindungswege zwischen dem Mutterland und der Kolonie absolut gesichert sein. In der Tat erfordert jeder Kolonialbesitz die militärische Sicherung der Seewege, also die Verstärkung der Flotten, der Aufrüstung überhaupt, wonach man schon die Naivität der Vorstellung mancher Sozialisten und Pazifisten beurteilen kann, die von einer Neuverteilung der Kolonien eine Befriedung der Welt erwarten.

Will Italien die neugewonnene Machtstellung sichern und ausbauen, so muß es die Herrschaft über das mittelländische Meer erlangen. War es seit 1918 das Ziel der italienischen Außenpolitik, das Adriatische Meer zum »mare nostrum«, zum italienischen See, umzuwandeln, um so sein Ausfallstor nach dem Balkan zu sichern, ging es deshalb nach Albanien, so muß es jetzt — das ist die unentrinnbare Logik der Gewaltpolitik — darnach trachten, das gesamte mittelländische Meer zum mare nostrum, zu seiner unmittelbaren und möglichst ausschließlichen Einflußsphäre zu machen.

Aber der Westeingang des Mittelmeeres ist nicht frei. Von Spaniens Küste aus, von seiner Festung Gibraltar bewacht England die Meerenge, und die gegenüberliegende Küste Afrikas ist in Spaniens und vor allem in Frankreichs Hand. Solange das der Fall ist, ist Italien der Gefangene des Mittelmeeres, ist Zugang und Ausgang aus seinem Meer unter fremder — und das heißt für den aggressiven Machtpolitiker — feindlicher Kontrolle. Ziel der italienischen Politik unter Mussolini ist es deshalb, den Ring zu zerbrechen, Spanien aus dem englisch-französischen Machtbereich herauszulösen. Spanien im Ernstfall auf italienischer Seite, das bedeutet die Entwertung von Gibraltar, das von der Landseite her bedroht wäre, das bedeutete die Gefährdung der englischen Flotte bei ihrer Durchfahrt durch die Meerenge durch spanische Bombengeschwader. Das bedeutete die Gefährdung der Verbindungen Frankreichs mit seinem afrikanischen Kolonialreich, die Gefährdung der französischen Pyrenäengrenze durch eine spanische Armee. Der faschistische Ring um Frankreich wäre geschlossen.

Schon lange verfolgt der italienische Faschismus sein Ziel und schon einmal war er ihm nahe. Das war vor zehn Jahren, als Primo de Rivera als Diktator in Spanien herrschte und als Ziel seiner Außenpolitik die Befreiung Spaniens von dem Fremdkörper Gibraltar, das Verschwinden dieser »einzigen Kolonie in Europa« proklamierte. 1926 schlossen der italienische und der spanische Diktator einen Vertrag, der Italien einen wertvollen Flottenstützpunkt auf den Balearen einräumte. Dieser Vertrag erwies sich auch nützlich für die Beteiligung Italiens an der internationalen Verwaltung Tangers, die es 1928 durchsetzte — mit Unterstützung Englands natürlich, das ja bis zum abessinischen Krieg — und heute wieder?? — kurzzeitig, aber unentwegt sich zum Betrogenen Mussolinis gemacht hat. Der Sieg der Linken 1930 bereitzte aber dem Zusammenspiel der spanischen und italienischen Diktatur ein Ende und die spanische Außenpolitik lehnte sich an Frankreich an.

Der General Franco, der Anführer der meuternden Generale, hat sich offen als Faschist proklamiert und seinen Sympathien für Hitler und Mussolini Ausdruck gegeben. Es konnte auch vom Anfang an keinem Zweifel unterliegen, daß die spanische Rebellion bei Hitler-Deutschland und Italien nicht nur begeisterten Beifall fand, sondern offenbar

im Einvernehmen und mit Unterstützung dieser Mächte unternommen wurde. Wäre selbst die italienisch-deutsche Kooperation weniger eng als sie es in der Tat ist, so ist das machtpolitische Interesse beider Mächte an den Sieg des spanischen Faschismus, der eine Schwächung Englands und vor allem Frankreichs von kaum absehbarer Tragweite bedeutete, so evident, daß an ihrer Mitwirkung von Anfang an kein Zweifel sein konnte. In welchem außerordentlichem Maße sie von Italien geleistet wird, hat allerdings nur ein Zufall an den Tag gebracht. Von den den spanischen Meuterern nach Marokko von Italien zur Hilfe geschickten Flugzeugen sind drei in Algerien auf französischem Gebiet abgestürzt. Durch die von der französischen Regierung angestellte Untersuchung ist festgestellt, daß die Flugzeuge mit Bombenabwurfvorrichtungen, Maschinengewehren und Munition ausgerüstet und mit italienischen Offizieren und Unteroffizieren bemannt waren. Kurz vor der Notlandung des einen Apparates haben zwei Flugzeuge des Generals Franco einen Brief für die Besatzung abgeworfen mit der Aufforderung, sich als Angehörige der — spanischen Fremdenlegion auszugeben. Gleichzeitig wurden aus den Flugzeugen Francos Säcke mit Fremdenlegionsuniformen abgeworfen, die aber an die falsche Adresse, nämlich in die Hände der französischen Behörden gelangten. Unterdessen sollen achtzehn italienische Flugzeuge, die zu demselben Geschwader gehörten, bereits in Spanisch-Marokko gelandet sein.

Natürlich bedeutet die Unterstützung der Generale, die gegen die eigene rechtmäßige Regierung meutern, einen eklatanten Fall von Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines fremden Landes, einen flagranten Bruch des Völkerrechtes, das die Unterstützung von nicht als kriegsführend anerkannten Parteien verbietet. Aber daß Völkerrecht und Verträge für die Diktatoren Fetzen Papier sind, das war außer der englischen und französischen Regierung jedermann bekannt und als plötzlich von den italienischen und deutschen Agenten ganz kurz vor der Entdeckung der italienischen Bomber ein Entrüstungsspektakel inszeniert wurde, der in der englischen und französischen Rechtspresse zum Teil willfährige Komplizen fand, über eine angebliche Unterstützung der spanischen Volksfrontregierung durch die französische, da konnte man bereits ganz sicher sein, daß es sich um Täuschungs- und Ablenkungsmanöver des Faschismus von der eigenen Schuld handelte. Leider hat sich die französische Regierung dieser Erpressung gefügt, ja sie hat sich einer Verletzung des Völkerrechtes selbst schuldig gemacht. Denn die spanische Regierung hat als die einzig rechtmäßige durchaus Anspruch darauf, daß die von ihr in anderen Ländern vorgenommenen Bestellungen an Kriegsmaterial rechtzeitig und ungehindert ausgeführt werden, während die französische Regierung die Auslieferung verhindert hat — zur hohen Befriedigung der faschistischen Rechtsbrecher. Wieder einmal hat in einer entscheidenden Frage die Gewaltpolitik der Diktaturen den Vorrang über die Friedenspolitik um jeden Preis behauptet.

Und dies, obwohl die Gefahren eines Sieges der spanischen Konterrevolution für die englische und französische Außenpolitik offenkundig sind. Denn es ist klar, daß die italienische Unterstützung, die ja immerhin ein gewisses Risiko bedeuten könnte, nicht umsonst gewährt worden ist. Die Gegenleistung kann zunächst in der Abtretung eines Stützpunktes auf den Balearen an Italien bestehen, der die Verbindung Frankreichs mit Nordafrika unmittelbar bedrohen würde, und in Frankreich glaubt man zu wissen, daß es sich dabei um Port-Macon, dem Haupthafen der Balearen handelt, wodurch der Weg zwischen Marseille und Algier gefährdet wäre. Aber auch die Abtretung wichtiger Stützpunkte in Spanisch-Marokko an Italien und vielleicht auch an Deutschland liegt durchaus im Bereich der Möglichkeit, ebenso wie die Neuaufrollung der Tangerfrage.

So ist, während die Illusionisten in London und Paris über die gnädige Annahme der Einladung zur neuen Locarnokonferenz durch Hitler und Mussolini freuen — und mit der Auskügung neuer Verträge und Paragraphen beschäftigt sind, durch das

resolute Vorgehen der kooperierenden Diktaturen eine neue Machtfrage gestellt und kein Zweifel, daß sie alles daransetzen werden, um die Entscheidung zu ihren Gunsten zu beantworten. Den Strich durch ihre Rechnung kann nur der Sieg der armen Verlassenen, aber heroisch kämpfenden Arbeiter Spaniens machen!

Dr. Richard Kern.

Die braune Hilfe

Der Informationsdienst der syndikalistischen CNT in Barcelona gibt bekannt, daß unverzüglich alle Dokumente, alles Fotomaterial und alle Adressen nebst aller Unterlagen über die Verbindungen zwischen den spanischen Militärfaschisten und den deutschen Nationalsozialisten, die in die Hände der spanischen Regierung gefallen sind, der Weltöffentlichkeit unterbreitet werden. Aus diesem Material geht hervor, daß trotz des offiziellen Verbotes der NSDAP in Spanien, von der »Landesgruppenleitung« bis zu den kleinsten Stützpunktgruppen, von der Kreisauflösung in ganz Spanien und Portugal bis zu den Organisationen auf den Balearen und in Spanisch-Marokko ein umfassender Organisationsaufbau der NSDAP mit der großzügigsten Unterstützung durch die Reichsleitung in Berlin und des deutschen Generalkonsulates in Barcelona vorhanden war, der zugleich in engster Verbindung zu der faschistischen Generalität und zu den monarchistischen Kreisen Spaniens stand.

Der Korrespondent der »Associated Press«, der sich beim Stab der faschistischen Streitkräfte Nordspaniens befindet, hält mit aller Bestimmtheit und unter Vorlage von Beweisstücken die Mitteilung aufrecht, daß die spanischen Faschisten mit den gleichen Stahlhelmen wie die deutschen Reichwehrosoldaten ausgerüstet sind. Die faschistischen Offiziere haben dem Korrespondenten gegenüber übrigens freimütig zugegeben, daß die meisten Gewehre, mit denen die faschistischen Aufständischen ausgerüstet sind, von Deutschland geliefert worden sind.

Der Pariser »Populaire« enthüllt, daß in Deutschland eine Anleihe für die Rebellen aufgelegt worden ist.

Im Brüsseler »Peuple« teilt de Brouckère mit, ihm sei aus bester Quelle versichert worden, daß sich unter den in Spanien gelandeten Rebellentruppen zahlreiche deutsche Offiziere befinden.

Die Offiziere des Panzerschiffs »Deutschland« haben in Ceuta dem Rebellenführer Franco einen offiziellen Besuch abgestattet.

De Brouckère gegen Delbos

Der Vorsitzende der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Genosse de Brouckère, veröffentlicht im Brüsseler »Peuple« einen bemerkenswerten Aufsatz über den Bürgerkrieg in Spanien.

Er beschäftigt sich mit der Erklärung des französischen Außenministers Delbos, der zufolge die französische Regierung der spanischen Regierung in Madrid keine Waffen liefern will. Dazu sagte de Brouckère:

»Ich gestehe, daß mir dieses Argument überraschend erscheint, und zwar nicht bloß deshalb, weil es offenbar von Italien geliefert worden ist. Eine Regierung, die die Insurgenten eines Nachbarlandes bewaffnet, verletzt das Völkerrecht, eine Regierung aber, die einer rechtmäßigen und anerkannten Regierung zu Hilfe kommen würde, würde damit gegen keine internationale Regel verstoßen. Eine solche Hilfe ist nicht bloß gestattet, sondern auch gebräuchlich. Um nur an den letzten Fall zu erinnern: Während der Revolte der Venetianer in Griechenland gingen ganze Züge mit Material aus Jugoslawien nach Athen und kein Mensch hat dagegen protestiert. Sollen wir nun heute zugeben, daß die Dinge anders liegen, wenn die Regierung, die den Verteidigungskampf führt, eine Regierung der Volksfront ist? Wollen wir zugeben, daß die Insurgenten als kriegführende Macht behandelt werden, jedesmal wenn, wie es hier der Fall ist, faschistische Mächte den Aufstand geschildert haben? Haben nicht französische Zeitungen gemeldet, daß Berlin Frankreich mit schweren Komplikationen bedrohe für den Fall, daß es gegenüber der spanischen Regierung seine Freundschaftspflicht erfülle?«

De Brouckère erklärt zum Schluß, er wolle keine Anklage erheben, denn das gegenwärtige Verhalten der Regierungen sei die Folge der schon früher vollzogenen Kapitulationen. Er fordert aber, daß sie das Recht wieder herstellen, und, um den gefährlichen Unternehmungen der Diktaturstaaten entgegenzutreten, ungesäumt handeln.

Der „Deutsche Sozialismus“ ohne Maske

Alter und neuer Imperialismus

Es gab einmal in Deutschland einen Reichsverband der deutschen Industrie. Das war eine machtvolle, unter dem Einfluß der großen Industrietrusts stehende Organisation. Sie hielt demonstrative Tagungen ab, in denen die großen Industrieführer der Welt ihren Willen kundgaben. Dieser einst mächtige Verband existiert nicht mehr. Er war von Hitler in eine staatlich kontrollierte Zwangsorganisation umgewandelt worden und hat mit der Bildung der allumfassenden staatlichen Zwangsorganisation für Handel und Gewerbe, dem »organischen Aufbau der gewerblichen Wirtschaft«, zu bestehen aufgehört. Es scheint demnach, als sei die gesamte Industrie nunmehr organisatorisch gleichgeschaltet, aber der Schein trügt. Es gibt noch eine Organisation von Industrieunternehmern, der man angehört, weil man will, nicht weil man muß. Das ist zwar nicht der Reichsverband, sondern der Bund der Nationalwirtschaft und Werksgemeinschaft, der hinter diesem Namen in Klammern zu setzen nicht versäumt: früher Deutsche Industriellen-Vereinigung.

Welcher Art ist dieses Gebilde, das den großen Reichsverband überlebt hat? Nachdem die Großindustrie, gestärkt an Produktivkraft und ihrer Schulden ledig, also gesund und stark aus dem Abenteuer der Inflation hervorgegangen war, hatte sie keine Lust mehr, sich die Aussicht auf einen Konjunkturaufstieg durch neue Abenteuer stören zu lassen. Sie gab den Kampf gegen die Republik auf und begann sich in ihr häuslich einzurichten. Sie bildete mit ihren machtvollen Zusammenhaltungen einen Staat im Staate, der daran ging, die Staatsgewalt Stück für Stück an sich zu reißen. Sie kämpfte nicht mehr gegen den Schmachfrieden, sondern trat für Erfüllungspolitik ein. In aller Öffentlichkeit erklärte der Reichsverband seine Zustimmung zum Dawesplan. Aber da gab es noch jene kapitalmächtigen »zwölf nationalen Männer« um Alfred Hugenberg, da gab noch die Alldeutschen, deren Ziele zwar nach dem Ausgang des Krieges aufgeschoben werden mußten, aber darum noch nicht endgültig aufgehoben zu sein brauchten. Der geheime Oberfinanzrat Bang, ein Vertrauter Hugenbergs, gründete zur Zeit der Erörterung über den Dawes-Plan jene deutsche Industriellen-Vereinigung, die als Konkurrenz für den Reichsverband diesen sprengen sollte. Aber der Plan mißlang. Selbst die reaktionärsten unter den Großindustriellen waren der Abenteuer satt und begehrten den Anschluß an den Weltmarkt. Sie zeigten Herrn Bang die kalte Schulter und wählten den konzilianten Duisberg, den Beherrscher des Farbentrusts, zum Präsidenten des Reichsverbandes, was er bis zu seiner Ersetzung durch Krupp 1931 blieb. Die Industriellen-Vereinigung verschwand zwar von der Bühne der Öffentlichkeit, aber nicht aus der Welt. Die Früchte ihrer stillen Wirksamkeit reiften mit dem Bündnis zwischen Hugenberg und Hitler und Hitlers Macht ergreifung. Die Protagonisten des Vorkriegs-Imperialismus waren die Geburtshelfer des neudeutschen Imperialismus, der sich die Maske des »nationalen Sozialismus« vorgebunden hat. Dafür zeigte sich Hitler dankbar, er ließ den Reichsverband verschwinden, aber die Vereinigung bestehen. Sie verfügt über eine Geschäftsstelle Berlin W. 57, Bülowstraße 20, und über ein Bankkonto bei der Deutschen Bank, Depositionskasse P. Sie gibt eine zweimal monatlich erscheinende Zeitschrift heraus, die den Titel »Wirtschafts-Nachrichten« führt, und worin Bang als ständiger Leitartikler fungiert. Darin wird, um die Schmach des Systems so recht in die Augen springen zu lassen, zum Vergleich nicht etwa das Dritte Reich, sondern die Zeit der Monarchie herangezogen. Dieser Aufgabe dient eine ständige Rubrik »Nicht vergessen!« Das sieht so aus:

»Ein Einkommen über 100.000 Mark hatten 1913 7000, im Jahre 1930 noch 4000 Zensiten. Vermögen über 100.000 Mark hatten 1913 305.000, im Jahre 1930 noch 78.000 Zensiten. Vermögen über 1 Million hatte 1913 15.400, im Jahre 1930 noch 2000 Zensiten. Heute haben in Deutschland nur noch 6 Prozent ein Bruttoeinkommen über 5000 RM. und nicht ganz 45.000 haben noch ein Einkommen über 20.000 RM.«

»Schacht, 7. Dezember 1930 in München: »Vor dem Kriege wurden 18,5 Prozent, heute 45 Prozent des Volkseinkommens für Steuern und soziale Lasten verwendet. Der bürokratische Sozialismus des Fürsorgesystems erschlägt uns.«

Das Bedauern dieses von Göbbels gedul-

deten Organs über die Verminderung der Millionen kennzeichnet den »deutschen Sozialismus« besser als Leys offizielle Reden.

Noch schöner ist ein Aufsatz eines Dr. Paul Ruprecht, der dem Dritten Reich zeigt, auf welche Weise »die Berechnung unserer damaligen Feinde, daß ein militärisch siegreicher Gegner durch Mangel an Nahrungsmitteln oder Rohstoffen zur Waffenstreckung gezwungen werden könne,« das nächste Mai zunichte gemacht werden kann. Der Vorschlag des schwedischen Professors Cassel, daß »der Staat bereits im Frieden einen wichtigen Teil der Rohstoffansammlung in seine Hand nehmen muß,« wird verworfen, denn es »reicht vollkommen aus und wird wahrscheinlich sogar zu besseren Ergebnissen führen, wenn er diese Aufgabe der Pri-

vatinitiative des Unternehmertums überläßt und sich damit begnügt, es durch deren Erleichterung zu möglichst umfangreicher Einlagerung von Kriegsrohstoffen anzuregen.« Diese »Erleichterung« soll darin bestehen, daß »der wehrwirtschaftlich wichtige Rohstoffbesitz von allen Vermögensabgaben befreit« wird, aber nicht der Besitz von Rohstoffen allein, sondern auch der von internationalen Werten, die ebenso gern wie Gold in Zahlung genommen werden, z. B. Edelsteinen, Perlen und allgemein anerkannten Kunstwerten. Gegen diese geniale Lösung des Rohstoffproblems sprechen allerdings zwei Bedenken. Das eine ist, daß »für die Staatskasse untragbare Ausfälle entstehene.« Dieser Einwand wird mit dem ebenso einfachen wie

einleuchtendem Argument entkräftet: »dann müssen sie auf anderem Wege ausgeglichen werden.« Auch die andere Schwierigkeit, daß »der deutsche Unternehmer bei unserer Devisenlage keine Möglichkeit hätte, sich mehr ausländische Rohstoffe hinzulegen, als er unbedingt braucht,« ist leicht zu überwinden. Ist er »doch in der Lage, mehr auszuführen als bisher und dadurch der Reichsbank mehr Devisen als bisher für Rohstoffkäufe zur Verfügung zu stellen.« Das Ganze läuft darauf hinaus, daß der Staat den Unternehmern die Rohstoffe bezahlt und damit ihr Dumping finanziert. Man sieht, der Unterschied zwischen den Alldeutschen, den Imperialisten von einst, und den Nationalsozialisten, den Imperialismus von heute, besteht im wesentlichen darin, daß jene, wenn sie Staatsubventionen meinen, von der Privatinitiative des Unternehmertums reden, und diese vom »deutschen Sozialismus.«

G. A. F.

Was ist »deutscher Sozialismus«?

Die Stimme der Enttäuschten.

»Der »Völkische Beobachter« veröffentlichte am 7. Juni eine Zuschrift, die er von einem anonymen Briefschreiber erhalten haben will. Sie enthält folgende Sätze:

»Kein Mensch, der sich mit Wirtschaft befaßt, wird glauben, daß die kapitalistische Wirtschaft verschwunden ist... Nie war das Kapital, oder was man sonst unter Kapital verstehen mag, mächtiger und bevorzugter als heute. Groß verdient und Klein erhält Wechsel auf die Zukunft. Wenn das nicht Kapitalismus in reiner Kultur ist, dann möchte ich bitten, zu erklären, was unter Kapitalismus zu verstehen ist... Es zieht also ein gewisser Interessentenkreis Riesengewinne auf Kosten der übrigen Bevölkerung. Früher nannte man das krasse kapitalistische Ausbeutung. In der Blütezeit des Kapitalismus ging es nicht schöner zu.«

Die Stimme der Wirklichkeit

Am 13. Juli schrieb die »Frankfurter Zeitung«:

»Trotz großer privater Investitionen, die neben dem staatlichen Einsatz durchgeführt wurden, haben die flüssigen Mittel der Unternehmungen vielfach weiter zugenommen. Soeben bot der Abschluß der Rheinischen Stahlwerke A. G. ein neues bemerkenswertes Beispiel für die Kraft zur Kapitalbildung, die einen großen Teil der Industrieunternehmungen heute wieder innewohnt, obgleich nämlich die Anlagewerte der Rheinischen Stahlwerke durch Erwerb neuer Kohlenfelder, vor allem aber auch durch bedeutende Maschinenanschaffungen Zugänge von rund 7,25 Millionen Mark aufwiesen, wuchsen die Bankguthaben um 5,25 auf fast 15,25 Millionen und überstiegen damit die Schulden. Diese Anreicherung der Liquidität in Industrie, Handel und Banken begünstigt in zunehmendem Maße die Anlage von Geldkapitalien in Effektenform womit sich auch die anhaltende Festigkeit der deutschen Aktienmärkte erklärt, die selbst durch die Bereitstellung großer Beträge für die neue Reichsanleihe nicht die geringste Beeinträchtigung erfahren hat. Ein erheblicher Teil der verfügbaren Kapitalien wählt Aktienkäufe in Form des Pakethandels.«

Die »Frankfurter Zeitung« meint, daß diese Besitzverlagerungen »in den letzten Monaten ein Ausmaß erlangt haben, wie es bisher nur von den Inflationsjahren her bekannt war.«

Die amtliche Stimme.

Der Erfolg den Unternehmern — die Verdrängung der Arbeitern. Die deutsche Volkswirtschaft, Nationalsozialistischer Wirtschaftsdienst« schreibt in ihrem 2. Juliheft:

»Man hat heute oft den Eindruck als ob vielfach soziale Hilfsmaßnahmen und soziale Hilfswerke schon als Inbegriff des Sozialismus genommen würden. Das ist aber unrichtig. Soziale Hilfsmaßnahmen sind entweder ein Übergang oder ein Uebrig. Ziel der Führung muß sein, möglichst viele dahin zu bringen, aus eigener Kraft ihren Lebenskampf führen zu können. Dazu gehört in bezug auf die Arbeiterschaft die geistige und seelische Heimholung des Arbeiters und die damit zusammenhängende Besserung der wirtschaftlichen Lage. Beides sind Probleme, die Königen und Kärnern Generationen hindurch Aufgaben über Aufgaben stellen. Damit im engsten Zusammenhange steht aber auch, daß die Wirtschaft gesund erhalten werden muß. Diejenigen, die da glauben, der Staat könnte ihre Schulden bezahlen oder sie durch Subventionen am Leben erhalten, sie müßten alle mit K. d. F. verreisen oder für einen Pfennig auf der Eisenbahn fahren, vergessen, daß das das Ende der Reichsfinanzen, des Fremdenverkehrs, der Reichsbahn und der Wirtschaft sein würde. Soziale Hilfswerke müssen immer von anderen getragen werden. Sie können nur getragen werden, wenn andere durch ihren wirtschaftlichen Erfolg dazu in-

die Lage gesetzt werden. Und das ist eigentlich die erste und letzte Sorge der Führung der Wirtschaft.«

Der deutsche Sozialismus: es bleibt, wie es ist.

Nonnenbruch, Schriftleiter vom Wirtschaftsteil des »Völkischen Beobachters«, schreibt am 11. Juni unter dem Titel »Moderne oder veraltete Wirtschaftspolitik?«: »Gerade der Hauptvorzug der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik wird vielfach nicht verstanden. Dieser Hauptvorzug besteht in der Fähigkeit des Nationalsozialismus, die Wirtschaft, wie sie übernommen ist, zu benutzen. Einfach war das nicht.«

Flucht

in die Sachwerte

Die vielsagende Kunstauktion.

Ein kleines Zeitbild: eine Berliner Kunstauktion im Sommer 1936. In dem bekannten Versteigerungshause Graupe drängt sich die Creme der Gesellschaft, Männer und Frauen von Rang und Namen und arischen Gebüts. Herrliche Dinge, die das Heim und das Herz jedes Arrivierten erfreuen müssen, stehen und hängen lockend zum Verkauf: Porzellane, Majoliken, Spitzen, Tapisseries, Teppiche. Zum Ersten, zum Zweiten, zum Dritten — immer ist noch einer da mit umfangreicherem Portefeuille, der den Vordermann überbietet. Es werden weit über die Schätzung hinaus, sie oft das dreifache übersteigernd, Preise erzielt, wie seit zehn Jahren auf deutschen Kunstauktionen nicht mehr. 2100 Mark ergibt ein flandrisches Apothekergefäß aus dem 15. Jahrhundert, eine kleine flandrische Tapiserie bringt es auf 800 Mark, französische Panneaus werden mit 3000, eine Kommode im Stile Louis XV. mit 3600, graziose französische Spieltische des 18. Jahrhunderts (Pallander und Rosenholz) mit 1300 Mark bezahlt. Für zwei Armsessel aus der gleichen Zeit gibt man gut und gerne das dreifache der Schätzung, 1700 Mark. Der Gesamtumsatz der Versteigerung betrug, wie die Presse des Dritten Reiches in ihren Berichten voller Genugtuung über diese Anzeichen wirtschaftlicher Hochblüte berichtet, annähernd 50.000 Mark. Es wird dabei nicht verfehlt, jedesmal zu bemerken, wenn eins der bedeutenderen Kunstwerke »arisiert« wurde, das heißt, bisherigem jüdischen Besitze entzogen wurde.

Man erinnert sich, daß vor 15 Jahren die deutschen Kunstauktionen einen ähnlichen Zulauf hatten. Das Inflationsgespenst war erschienen und es begann die Flucht in die Sachwerte. Diejenigen, die es danach hatten, kauften sich Bilder, Möbel und Preziosen zusammen, wobei die besonders klugen auf Werte internationaler Geltung ausgingen, um die Substanz ihres Vermögens vor wirtschaftlichen und politischen Katastrophen zu schützen. Heute ist nun Deutschland auf ewig »befreit«, es ist, so hört und so liest man täglich, geradezu wiedergeboren im Vertrauen auf gesunde Wirtschaft und politische Führung — aber wer nur kann, kauft sich Sachwerte, wo er sie nur kriegen kann, Grundstücke, Häuser, Bilder, Möbel, Teppiche und Möbel zu märchenhaften Preisen, in einer wahren Panikstimmung und in heftigem Ringen mit ebenso besessenen Mitbewerbern. Hier will man gar nicht mehr auf deutsche Art »genesen«. Sie kaufen wieder am liebsten fremdrassige Kunstwerke und zahlen die höchsten Preise. Gleichzeitig zeigen sich im Dritten Reich die Anfänge eines neuen Kunstnoblismus, wobei

sich die soziale Struktur der Zahlungsfähigen nach den Maßstäben der politischen Privilegierung nicht unwesentlich verschoben hat. An die Stelle der kaufustigen Juden sind jetzt die Amtswalter höheren Grades der NSDAP getreten, unter der Parole: »Heraus aus der Mark, so schnell wie möglich!«

Göbbels kann der braunen Presse Ordonanzen schicken und ihren Text zensieren, wie er will: immer wieder schlüpft die Wahrheit verräterisch durch die engen Maschen. Während die arbeitenden Massen die inflationistische Preisentwicklung ohne die Möglichkeit des Einspruchs und des Kampfes um Lohnausgleich hinnehmen müssen, sind die Saturierten des Deutschen Reiches sehr aktiv auf dem Damm, mit feiner Witterung für künftige Gefahren. Sie haben lieber eine international hochwertige Madonna an der Wand, als den nationalen Retter auf dem Dache.

Harald.

Teure Preise — schlechte Ware

Die Nationalsozialisten wollen dem Inland und dem Ausland einreden, daß die Rohstoffschwierigkeiten für die deutsche Wirtschaft überwunden seien. Deutsche Wissenschaft und deutscher Ingenieurgeist hätten eine Ersatzstoff-Wirtschaft entwickelt, die die natürlichen Rohstoffe, an denen Mangel herrscht, entbehrlieh machen. Die Kundigen wissen, daß es ganz anders ist. Insbesondere die mit Ersatzstoffen hergestellten Wäsche- und Bekleidungsstücke begegnen dem größten berechtigten Mißtrauen. Sie sind zwar teuer, aber sie sind gleichzeitig auch schlechter. Das gilt nicht nur für die inländischen Ersatzstoffe, sondern das gilt auch für Rohstoffe, die Deutschland aus devisenpolitischen Gründen aus anderen Ländern bezieht als früher. Daß diese Schwierigkeiten einen allgemeinen Umfang haben, das geht aus einem Artikel hervor, den der stellvertretende Chefredakteur der »Frankfurter Zeitung«, Erich Walter, in der Nummer vom 19. 7. veröffentlicht. Darin heißt es:

»Wenn auch die Annahme, daß Waren aus Rohstoffen, die im eigenen Lande auf Grund neuer Verfahren hergestellt werden, von vornherein weniger dauerhaft seien als andere Waren, ein Vorurteil bleibt, das sich als Rückstand von Erfahrungen der Kriegszeit in bedauerlichem Maße festgesetzt hat und erst im Laufe einiger Zeit ganz ausgerottet sein wird, so sind doch unzweifelhaft auf anderen Gebieten Qualitätsverschiebungen eingetreten. Sie hängen keineswegs nur damit zusammen, daß mit Rücksicht auf die Lage unserer Außenwirtschaft an fremden Rohstoffen gespart werden muß, sondern auch mit Verlagerungen unserer Rohstoffeinfuhr von Ländern, in denen diese Rohstoffe früher gut und billig bezogen werden konnten, auf solche Länder, denen wir diese Rohstoffe durch den Erlös unserer Ausfuhr eher bezahlen können, weil sie bessere Kunden Deutschlands sind. Die Qualitätsverschiebungen sind also in diesen Fällen nicht durch die Verwendung heimischer Rohstoffe bedingt, für die uns die deutsche Technik wieder einmal zur rechten Stunde manche neue (wenn auch gelegentlich noch vergleichsweise kostspielige) Möglichkeit eröffnet hat, sondern gerade durch unsere Abhängigkeit von der Einfuhr ausländischer Rohstoffe...«

Aus handels- und währungspolitischen Gründen wird demnach die deutsche Wirtschaft mit minderwertigeren Rohstoffen versorgt. Die daraus hergestellten Waren muß sie dann zu noch teureren Preisen kaufen als vorher.

Die Halben und die Totalen

Hitlers Offensive an der Kulturfront — Die Rolle der katholischen Kirche

Die Halbheit der Gesinnung, mit der die an der bisherigen internationalen Macht- und Rechtsordnung festhaltenden »Großmächte«, England voran, der Totalität und der Geschlossenheit der chaotischen Hitlerschen Dynamik bisher entgegengetreten sind, hat dem deutschen Usurpator sein Spiel ungeheuer erleichtert — mehr erleichtert, als je die bloße militärische Stärke des von ihm repräsentierten Systems, das Kriegspotential des remilitarisierten Deutschlands allein den kontinentalzerstörenden Zweck der Diktatur fördern konnte. Ja, grade auch das Psychologische macht Geschichte... Es ist kein Zufall, daß genau dasselbe Chaos, das unberechenbar antagonistisch Gewordene, das heute die sogenannte Weltpolitik beherrscht, zeitlich durchaus zusammenfällt mit einem genau gleichen seelischen Status im kleineren Rahmen des sogenannten innerdeutschen Kulturkampfes. Wer schlägt sich zu wem? Wer bricht mit wem? Wann kommt das? Wie wird jenes verhütet oder doch wenigstens vertagt? Der Strom quälender Fragen, der über die Botschaften, Außenministerien und Parlamente heute hinwegfegt, rinnt in weniger mächtigem Bett, aber mit genau demselben Wasser im Trennungsgraben zwischen Kirche und System in Deutschland. Die Schuldfrage ist hier wie dort bei den »Halben« zu suchen, denen die »Ganzen« vom Schlage Hitlers immer überlegen sind.

Es heißt wieder einmal, daß demnächst, in der ersten Hälfte des August, eine neue Deutsche Bischofskonferenz in Fulda zusammentreten wird, um einer erneut »zugespitzten Situation« im deutschen Kirchenkampf Rechnung zu tragen. Dürfen wir fragen, wie oft in den dreieinhalb Jahren schon solche Situationen »zugespitzt« waren, ohne daß der Titel der »ecclesia militans« etwas anderes als eine blasse Erinnerung an längst verschollene Zeiten blieb? Man steht allerdings vor der »zugespitzten Situation«, daß nun endlich das Dritte Reich das Konkordat auch formal kündigungsmäßig über Bord werfen will — einfach deshalb, weil es mit in erster Linie durch die wohlwollende und pflegliche Behandlung, die ihm die kuriale Politik in seinen Anfängen zuteil werden ließ, sich so in allen entscheidenden Machtpositionen in aller Ruhe festsetzen konnte, daß es gar keine »Brückenbauer« mehr gebraucht. Welches fast schnurrige Analogon etwa zur Rheinlandbesetzung und ihrer Geschichte! Dieser ungeheuerliche problematische Zustand unseres Kontinents ist da, weil die »Halben« gegen die »Ganzen« standen und letztere — natürlich — nicht halb, sondern ganz versagten...

Wie ist die Lage der Kirche nach den dreieinhalb Jahren ihrer »Tolerierungspolitik«? Kläglich kann die Fragwürdigkeit ihrer diplomatischen Position gar nicht gekennzeichnet werden, als durch den einen Satz eines deutschgeschriebenen katholischen Blattes außerhalb des Dritten Reiches (»Der Deutsche in Polen«), das zum Teil fast einzige authentische Quelle für deutsch-kirchliche Intentionen geworden ist und dem wir auch die Information über die Einberufung der neuen Fuldaer Konferenz entnommen haben. Der Satz besagt:

»Obwohl die wiederholten diplomatischen Vorstellungen des Vatikans in Berlin ohne den geringsten Erfolg geblieben sind, ist es sicher, daß der Heilige Stuhl das Reichskonkordat nicht kündigen wird, und zwar aus grundsätzlichen Erwägungen heraus: diese Initiative muß man schon der nationalsozialistischen Reichsregierung überlassen...«

Muß man schon wirklich? Ja gewiß, wenn man mit dem Dieb sympathisiert hat, kann man ihn nachher nicht beim Gendarmen angeben! Was soll da »grundsätzlich« sein, wenn ein Vertrag nach seinem juristischen Wesen schon dazu da ist, gehalten und bei Nichteinhaltung gekündigt zu werden? Mit bloßen und nichtssagenden Worten ist da doch gewiß nicht die Wirklichkeit einer Situation wegzufügen! Die Kirche kann nicht, weil sie

früher nicht mochte: das allein ist die wahre Situation.

Unterdessen treiben nicht nur in Deutschland die innerpolitischen Dinge geradezu einer Großoffensive gegen den Katholizismus aus dem bisherigen Zustand bloßen Guerillakrieges stimmungsmäßig entgegen. Die »Reichsbürger«, schon durch die Devisenprozesse und ihre Art der Aufmachung in der Nazipresse genugsam aufgeputzt, sind durch die Sexualprozesse, die ihnen ganz systematisch und und planmäßig folgten — schmierigste Dinge, bei denen die Aussagen von Schwachsinnigen und schmetternde Fanfarenstöße der braunen Staatsanwälte gegen das ultramontane Gift den Hauptteil der Regie bestritten —

rates«, das ihm mit seinem engeren Kollegen, dem Prälaten Jugendpräses Wolker, angehängt worden ist, niedergeschlagen wäre... Das sind, nur so ganz beiläufig, die Kriegsbuletins allein aus den letzten acht oder vierzehn Tagen.

Gradezu grotesk aber wird das Gesamtbild kirchlicher Minus-Strategie, wenn man zur Zeit den Blick nach Oesterreich richtet. Hier hat die Kirche durch den Hitler-Schuschniggischen Vertrag einen ihrer Haupttrümpfe aus der Hand gegeben, ohne auch nur den leisesten Versuch zu machen, ihn auf den Spieltisch zu legen. Und so mutet es wie ein ironisches Urteil des Weltgerichts an, wenn zum Beispiel unter den jetzt von Deutschland freigegebenen österreichischen Zeitungen ein

zesanblatt« hat veröffentlicht lassen, so rundet sich das Bild vollkommener Zerfahrenheit und Direktionslosigkeit der kurialen Politik. An diesem Brennpunkt der über Europa verhängten geistlich-sittlichen Auseinandersetzung!

Und das Dritte Reich? Es freut sich mordsmäßig über die allgemeine Verwirrung, die es auch auf diesem Gebiet zu seinem höheren Interesse hat anstiften können! Da ist es Herr Göbbels anscheinend selbst, der in seinem »Angriff« (vom 28. Juli), einen Artikel der »Reichspost« für sich ausschaltend auf den Massenübertritt österreichischer Katholiken zum Protestantismus hinweist und es mit zu gehöriger Grimasse gleich dem Partner und »deutschen Staat« ins Gesicht sagt:

»So — nun weiß es die römische Kirche, welche Früchte für sie auf den Bäumen der deutschen Zwieltacht wachsen!«

Daß der Verbrecher auch noch frech werden darf, das allerdings ist die Leistung des leider nur »halben« Europa, gleichgültig, ob es sich in der Person von Mr. Baldwin oder Sr. Emeninz, des Herrn Innitzer oder Schulte manifestiert! Dunkel ist die Zukunft dieses Kontinents in der nächsten Zeit. Noch dunkler das selbstverschuldete Schicksal der katholischen Kirche dort, wo auf diesem Kontinent die große Entscheidung im Moralischen fallen wird. H. E.

Neuer Katechismus

Du sollst nicht stehlen — du sollst es nur dann, wenn du einwandfrei patriotisch bist und wenn der von dir zu bestehende Mann ein Demokrat ist, ein Jud', ein Marxist, — dann darfst du stehlen.

Du sollst nicht morden — du sollst es nur tun, wenn der, den du morden willst, schutzlos ist, du selber hingegen parteilich immun und ein braver, ein treuer Regierungsgardist — dann darfst du morden.

Du sollst nicht liefern, nicht Waffen noch Geld, so in anderen Staaten ein Aufstand geschieht. Du wehrst dich ja auch mit Geschrei, wenn die Welt deinem Land — nur fern — durch den Stacheldraht sieht. Du sollst nicht liefern.

Du sollst nicht liefern — du sollst aber doch, sofern die Rebellen von blutigen Geist, — Schiek Flugzeuge, Bomben und Geld noch und noch! Beteuerst du, daß du von garnichts was weißt, dann darfst du liefern.

Du sollst nicht — das gilt nur der niederen Brut, du selbst bist ein Herrenmensch, tu was du magst. Die Hauptsache: schrei, wenn ein Anderer es tut, und tu stets das Gegenteil des, was du sagst. Dann darfst du: stehlen, morden, lügen, Blut saufen — bei dir zu Hause und im Ausland.

in eine gradezu ekstatische Pfaffenfresse-reizstimmung versetzt. Daß Polizei die Fronleichnamprozessionen ähnlich wie Gefangenentransporte eskortiert — mit entschertem Gewehr —, daß der Bischof (es ist dem Grafen von Galem jetzt in Münster passiert) mit der Brachialgewalt der Gendarmerie und Gestapo verhindert wird, unter seinen Gläubigen nach seinem Gutdünken zu verweilen, daß Beamte diszipliniert werden, die sich überhaupt an einer gottesdienstlichen Zeremonie noch beteiligen — daß alles ist im letzten Vierteljahr im Dritten Reich gang und gäbe geworden. Schon wird ganz offen ausgerechnet, was die Kirche verliert an moralischer Stärke, wenn den Klöstern endlich, wie schon lange erwartet wird, jede Erziehungstätigkeit genommen wird, obschon das die allerschönste Konkordatsverletzung wäre; und man erfährt auf diese Weise, daß die katholischen deutschen Orden allein 188 von 792 höheren Mädchenschulen unterhalten, die jetzt sämtlich mit Schließung bedroht sind, daß in Preußen 26.522 katholische Mädchen private, also meist kirchlich-klosterliche Lehranstalten besuchen und nur 14.968 öffentliche, daß es in Bayern sogar 10.332 gegen 3128 sind. Man nimmt auch — und bei solcher Allgemeinlage gar nicht mehr mit besonderer Empörung — zur Kenntnis, daß der Generalsekretär der katholischen Jungmänner-Vereine, also eine der distinguiertesten Respektspersonen der Kirche, in der Haft so mißhandelt worden ist, daß seine Gesundheit vollständig gebrochen ist und er jetzt einem Sanatorium zugeführt werden mußte, ohne daß deshalb das hochnotpeinliche Verfahren wegen »Volksver-

Blatt vom »Haut Gout« des »Neuen Wiener Journals« befindet, bei dem man sich am besten vorerst den Ueberzieher anzieht, ehe man es liest, daß aber die »Reichspost«, das kirchliche Hauptorgan trotz allen Verständnisses, das sie politisch dem Dritten Reich immer entgegengebracht hat, trotz all ihrer böotischen Scharfmacherei gegen den »Marxismus« in aller Welt nicht auf der Liste der gnädigst Gestatteten steht. Im österreichischen Klerikalismus geht es fast drunter und drüber, wenn man auf die Dinge hinter den Kulissen und den Grad seiner Einigkeit, wie er sich bei der von der Kirche selbst herbeigeführten Sachlage im allerintimsten Zusammenhang mit ihrer Lage im Dritten Reich entwickeln mußte, auch nur oberflächlich blickt. Seit einigen Tagen ist es Mode geworden, daß hohe Kirchengestalten gegeneinander offen polemisieren: Wiener Kardinal contra Salzburger Fürstbischof, der eine, weil er die nationalsozialistische Gefahr für überwunden hält und das tendenziöse Ammenmärchen vom angeblichen Sieg des »Ordnungsflügels« innerhalb der Hitlererei über die »Radikalen« aufgetischt hat — welche ganz dumme Verkennung des wahren Sachverhaltes und des Wesens des Nazitums! — und der andere, weil er ganz mit Recht die Gefahr jetzt erst kommen sieht, wo man das Verbrechen aus der bisherigen Quarantäne befreit hat. Fügen wir noch hinzu, daß der Linzer Bischof gerade jetzt die beiden sehr scharfen Kundgebungen des holländischen Episkopates über die Unvereinbarkeit der Katholizismus mit der Zugehörigkeit zum Nationalsozialismus in seinem amtlichen »Diö-

Die Situation im evangelischen Lager

Ein Protestschritt der evangelischen Bekenntniskirche bei Hitler selbst hat dieser Tage größeres Aufsehen in der Welt erregt. In der Tat verdient die Eingabe, die vor allem der Pfarrer Niemöller — wohl auch ihr Verfasser — dem »Führer« überreichen ließ, schon deshalb eine besondere Beachtung, als zum ersten Mal sich die evangelische »Opposition« (die zugleich die überwiegende Mehrheit der protestantischen Kirchentreuen darstellt) nicht nur mit den rein kirchlich-verwaltungs- oder bekenntnismäßigen Streitpunkten gegen die Hitlererei beschäftigt, sondern sich erweitert zum allgemeinen politischen und moralischen Protest in der Gesinnung; denn ausdrücklich wird in der Protesteingabe auch gegen das Wüten der Gestapo und die Existenz der Konzentrationslager Stellung genommen. Die Art, wie Hitler diese Eingabe selbst behandelt hat (er hat sie nämlich gar nicht behandelt und sie einfach an seinen Kerl weitergeleitet) läßt erahnen, was auch hier nach der Olympiade kommen wird. Man hat nicht umsonst den Machtapparat in der Hand... In der Tat heißt es schon jetzt, daß unter direkter Anführung des »Reichs«, den man zu diesem Zweck, zu dem er allerdings auch allein verwendbar erscheint, aus seiner politischen Gruft wieder hervorzerren wird, ein Ausrottungskrieg gegen den »Kirchenmarxismus« (das ist jetzt der offizielle Partei- und Gestapo-Ausdruck) inszeniert werden wird. Auch hier kann sich ja jetzt Hitler manches erlauben, was noch vor zwei Jahren schlechterdings unmöglich gewesen wäre. Und auch hier liegen die Gründe für diesen bedauernswerten Zustand weniger in der Stärke der Hitlererei, als in der so oft früher bewiesenen Schwäche und Halbheit der anderen.

Der Protest der Bekenntniskirche

In der Protestschrift der »Bekenntniskirche« (unterschrieben von den »geistlichen Mitgliedern der vorläufigen Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche« sowie von dem »Rat der Deutschen Evangelischen Kirche«) heißt es an der entscheidenden Stelle, mit der zum ersten Mal die »Opposition« ihre auch von Leuten wie Karl Barth beklagte Gleichgültigkeit und Gesinnungsarmut in den entscheidend-sittlichen Fragen, die jenseits des rein kirchlichen Streitkomplexes liegen, preisgibt und durch die sie ihre Kundgebung, auch zum ersten

»Sozialismus der Freude«

Freizeit-Komödie in Hamburg — Neuer Dreh zum Tariflohnverzicht

Von den innerdeutschen Arbeits- und Erzeugungsschlachten ist es augenblicklich still geworden. Das Dritte Reich rüstet jetzt zur Weltpropagandaschlacht, um das Ausland gründlich zu täuschen. Als Vorspiel zur Olympiade zeigte der Kongreß für Freizeit und Erholung Potemkinsche Dörfer deutschen Arbeitslebens. Der Reiselanden »Kraft durch Freude« wurde dem erstaunten Ausland in Hamburg vorgeführt. Dabei hatte es der Ley diesmal vorgezogen, den schon reichlich abgenutzten »Sozialismus der Tüte« mit dem »Sozialismus der Freude« zu vertauschen. Was aufdringliche Reklame an Verfälschung der Wahrheit leisten kann, ist geschehen. Völlig losgelöst von den sozialen Voraussetzungen für die Schaffung einer echten Arbeiterkultur und Erholung hat die NS-Gemeinschaft nur von den Freuden des Lebens gefaselt, ohne sich um die Sozial- und Lohnpolitik zu kümmern.

Was klümmert die Herolde der »Freizeitgestaltung«, daß die Arbeitsmenschen im Dritten Reich über ihre tägliche Arbeitszeit hinaus unfreie Soldaten des faschistischen Regimes sein müssen, die in ihren kurzen freien Stunden unter Aufsicht der braunen Polizei mit Spielen zerstreut werden sollen. Was verfährt es ihnen, daß der Arbeitersport zum Rekrutendienst für kommende Kriege gewandelt wurde. Wer durfte davon sprechen,

daß die gerühmten Park- und Sportanlagen nichts als Raub an der demokratischen Republik und an der Arbeiterbewegung darstellen.

Der Blick der Welt auf das feiernde Hamburg konnte nicht erspüren, daß alle gute Volkskunst am Feierabend verboten ist und seichter Kitsch Zerstreung bringen soll. Es ist »Volksgemeinschaftsart, daß kein Arbeiter, kein Angestellter das Recht hat, seinen Urlaub im Kreis von Gesinnungsfreunden zu verbringen, sondern eine vorgesezte Stelle für ihn die geeignete Auswahl der Gesellschaft für den Transport trifft.

Es klingt wie Hohn, über die Freizeitgestaltung zu diskutieren und zu verschweigen, daß eine zehnstündige tägliche Arbeitszeit keineswegs in den Ausnahmen zählt. Was sollen die Urlaubsfahrten, wenn die allmächtige Diktatur es nicht wagt, den Unternehmern überhaupt die Gewährung eines gesetzlichen Mindesturlaubs zu verordnen.

Die Arbeiter mußten der Welt vorsingen: »Freut Euch des Lebens.« Vom unzureichenden Lohn war nicht die Rede.

Das Lohnniveau ist so niedrig, daß nur die Ueberstunden, d. h. die Verkürzung der Freizeit, zum Notbehelf wird, die ungenügende Lebenshaltung zu ergänzen. Da wurden Bastelarbeiten aus freien Stunden gezeigt, warum gab es auf der Ausstellung nicht die Produkte der Nebenarbeit und Schwarzarbeit zu sehen, die als Folge des Lohnabbaues heute das ganze Land beherrschen?

Der deutsche Arbeiter ist aber nicht nur behindert, bei ungenügenden Löhnen an den Fahrten von »Kraft durch Freude« teilzunehmen.

es fehlt ihm auch jedes Rechtsmittel, seine Lage zu verbessern oder auch nur den sogenannten Tariflohn zu beanspruchen.

Just im Augenblick, da in Hamburg ein ungarischer Bundesgenosse der Nazis »die Großartigkeit der Linienführung bewunderte, die sich ihm bei dem Aufbauwerk realer Sozialpolitik gezeigt hatte, stöhnt der Treuhänder von Sachsen in einer Beilage der Deutschen Arbeits-Korrespondenz (auf gelb gefärbtem Papier), daß seinen Anordnungen nicht gefolgt wird.

Der Treuhänder hatte auf Antrag einer Firma für das Ofensetzgewerbe diesem Unternehmer gestattet, die Gesellenlöhne bis 31. Januar 1936 auf 90 Prozent der Tariflöhne herabzusetzen. Der Volksgenosse Unternehmer sollte bis 10. Februar 1936 erklären, daß er vom 1. Februar ab wieder den Tariflohn zahlen wolle. Der Volksgenosse hat diese Auflage nicht beachtet, der Treuhänder hat am 13. Februar gemahnt und eine neue Frist bis zum 21. Februar gesetzt. Am 26. Februar hat der Treuhänder erneut erinnert und die Erklärungfrist bis zum 5. März verlängert. Auch hierauf blieb jede Antwort aus. Mitte März hat dann ein Walter der DAF den Betrieb besucht und festgestellt, daß ohne jede Rücksicht auf die Anordnung des Treuhänders auch nach dem 31. Januar 1936 die untertariflichen Löhne beibehalten worden waren. Erklärung: die Gefolgschaft sei mit dieser Entlohnung ein-

verstanden. Auf die Einwendung des Walters, daß die untertarifliche Entlohnung ohne Zustimmung des Treuhänders nicht zulässig sei, erklärte der Unternehmer, er wolle ein neues Gesuch an den Treuhänder machen. Darauf Ehrengericht:

»Der Beschuldigte war wegen eines Verstoßes nach § 36 des AOG zu bestrafen.« Die DAK unterläßt es mitzuteilen, welche Ordnungsstrafe gegen den Unternehmer verhängt worden ist. Die Geldstrafe hat sich jedenfalls bei der erzielten Lohnersparnis rentiert. Das gelbe Blatt der DAF schließt die Sache mit einigen Schimpfereien ab und meint: »Mit Ausreden und jüdischen Drehs ist nichts zu machen.«

Auf der folgenden Seite aber wird ein ganz großer Dreh des Reichsarbeitsgerichts mitgeteilt. Das RAG hatte im Juli 1935 eine grundsätzliche Entscheidung getroffen, »daß während des laufenden Arbeitsverhältnisses nicht auf Tariflohn verzichtet werden kann. Diese Entscheidung, die als Reklameschlagler nicht wenig herumgezeigt wurde, hatte von Anfang an nicht allzu viel Bedeutung, da die Treuhänder jederzeit ganze Betriebe oder Betriebsabteilungen beliebig vom Tariflohn befreien können. Dennoch ging den Unternehmern die Entscheidung zu weit. Sie verhinderte, daß wenigstens formal durch Abrede zwischen dem Unternehmer und seinem Gefolgsmann ein Tariflohnverzicht vereinbart werden konnte. Jetzt wird ein neues Urteil bekanntgegeben.

Das RAG macht nun den Dreh, daß ein Ersatzvertrag, d. h. der Tariflohnverzicht erst nach Auflösung des Arbeitsverhältnisses rechtsgültig zustande kommen kann. In der Begründung wird gesagt:

»Tarifordnungen sind autoritative Anordnungen einer objektiven staatlichen Stelle, nämlich des Treuhänders der Arbeit. . . . Es würde dem Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit widersprechen, wollte man eine Durchkreuzung dieser Anordnung durch Vereinbarungen des einzelnen Gefolgsmannes mit dem Unternehmer in Form von Erlaßverträgen über verdiente Löhntelle zulassen.«

Diese Erwägungen rechtfertigen es aber nach dem neuen Urteil des RAG nicht, die Unzulässigkeit des Tariflohnverzichts

Gestohlene Freizeit

Die Zwangsaufmärsche und unfreiwilligen Feierstunden genügen den braunen Volkedresseuren nicht mehr. Sie haben lange darüber nachgedacht, wie die knappe Freizeit der Arbeiter noch mehr einzubräunen sei, und sind auf die glorreiche Idee verfallen, den Arbeitstag durch sogenannte »Werkpausen« zu unterbrechen. In diesen Werkpausen wird die »Gefolgschaft« am Lautsprecher zusammengetrieben — Davonlaufen verboten —, um eine einstündige Propagandadusche über sich ergehen zu lassen. Die Zeitungen melden stolz:

»Bereits heute gilt die Organisation der Werkpause als so weit durchgeführt, daß alle Betriebe in Westdeutschland die notwendigen Einrichtungen besitzen, um ihrer Gefolgschaft die Teilnahme an der Werkpause in der Mittagsstunde zwischen 12 und 1 Uhr zu ermöglichen. Schon heute dürften rund 1½ Millionen Gefolgschaftsmitglieder an der Veranstaltung durch gemeinschaftlichen Empfang teilnehmen können. Das Ziel der Werkpause soll sein, der Gefolgschaft eine Stunde Erholung und Entspannung von der Tagesarbeit zu bieten.«

Die »Preußische Zeitung« verrät, wie diese Entspannung vor sich gehen soll:

»Reichsdeutscher Parteigenosse Hadamowski kommt nach Ostpreußen und wird der Gauverwaltung der Deutschen Arbeitsfront in Königsberg einen Besuch abstatten. Im Rahmen der von Reichsorganisationsleiter Parteigenossen Dr. Ley angeführten »Werkpausen« wird Parteigenosse Hadamowski auf einer großen Betriebsversammlung der Vereinigten Maschinenfabriken in Gumbinnen über den Reichsdeutscher Königsberg zu den ostpreußischen Arbeitskammern und Kameradinnen sprechen. Werkhöre der Werkschar werden der Großbetriebsversammlung einen würdigen Rahmen geben.«

Die Entspannung besteht also in Zwangsversammlung und späterem Arbeitsschluß. So weiter! Das hebt die Stimmung.

Deutsche Stadt im »Aufstieg«

Aus dem Rechnungsabchluß der Stadt Frankfurt a. M.: Die allgemeine Verwaltung erfordert einen Mehraufwand von 133.000 Mark, die Bezirksverwaltung von Höchst

»auch für die Zeit nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses grundsätzlich und allgemein anzuerkennen.«

Der Grundsatz der Unabdingbarkeit der Tarifordnung kann also im Einzelfall durch jede formale Kündigung und Entlassung aufgehoben werden. Das RAG will zwar die Autorität des Treuhänders auf dem Papier aufrecht erhalten.

»Ist aber die Betriebsgemeinschaft zwischen Unternehmer und Gefolgsmann aufgehoben, so vermag eine nunmehr im Einzelfall erfolgende Vereinbarung . . . weder die Autorität des Treuhänders zu beeinträchtigen, noch den allgemeinen Arbeitsfrieden zu stören.«

Zu seiner Entschuldigung bemerkt das RAG, daß natürlich ein wirtschaftlicher Druck auf den Gefolgsmann nicht ausgeübt werden darf. — Wer lacht da —. Wenn also keine Beeinflussung durch den Unternehmer erfolgt sein sollte,

»so wird in aller Regel eine einmal unterschriebene Ausgleichsquittung einen rechtswirksamen Verzicht darstellen.«

Das Reichsarbeitsgericht hat auch nichts dagegen, daß Unternehmer und Gefolgsmann — es können auch mehrere Gefolgsleute sein — das Arbeitsverhältnis beenden, damit den Tariflohn aufheben und alsbald ein neues Arbeitsverhältnis abschließen, um den Dreh noch einigemal zu wiederholen. Wie es mit der Autorität der Treuhänder gegenüber den Unternehmern bestellt ist, zeigt der zuerst berichtete Fall.

Das Dritte Reich und seine Rechtsprechung vermögen nicht einmal die gänzlich unzureichenden Lohnsätze zu schützen, die in den sog. Tarifordnungen vorgesehen sind. Es gibt weder einen Tarifvertrag, noch einen unabdingbaren Tariflohn, sondern nur Unternehmerwillkür.

Der »Sozialismus der Freude« war Brillant-Feuerwerk für die Ausländer auf dem Weltkongreß. Er verlöscht, wenn die zur Hamburger Parade kommandierten Arbeiter wieder zu Hause sind und an der dürftigen Lebenshaltung feststellen müssen, daß die Lohndecke zu kurz, die Arbeitszeit zu lang ist, um in der Freizeit an den Errungenschaften der modernen Kultur teilnehmen zu können.

fordert einen Mehraufwand von 148.000 Mark. Das Ergebnis der kaufmännisch wirtschaftenden Betriebe ist im Vergleich zum Vorjahre um 300.000 Mark schlechter. Den veranschlagten Einnahmen der städtischen Betriebe steht eine um 220.000 Mark geringere Einnahme gegenüber. Der Ertrag aus den Vorstellungen im Neuen Theater sollte 160.000 Mark bringen, er betrug nur 104.000 Mark. Bei der Wohlfahrtspflege wurden beträchtliche Einsparungen gemacht. Der Zuschuß wurde um 4 Millionen Mark gekürzt. Für die Schulkinderernährung wurden 75.000 Mark weniger eingesetzt. Beim Krankenhausetat 93.000 Mark gestrichen. Die Schuld der Stadt gegenüber dem Umschuldungsverband betrug Ende 1933 80 Millionen Mark, Ende 1935 123 Millionen Mark. Eine ähnliche Entwicklung zeigt der Rechnungsabchluß vieler anderer deutscher Städte.

Auslandskapital für Hitler

Nachdem eben erst die große Stettiner Maschinenfabrik Stoewer mit den Millionen des amerikanischen Mammutkapitalisten Henry Ford saniert worden ist, wird jetzt gemeldet, daß auch die AEG mit Hilfe amerikanischem Kapital wieder flott gemacht werden soll. Die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft hat an dem wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands unter Hitler so glänzend teilgehabt, daß das Aktienkapital von 185 Millionen auf 62 Millionen Reichsmark zusammengelegt und durch Ausgabe neuer Aktien wieder auf 120 Millionen Reichsmark erhöht werden muß.

Von dieser Erhöhung wird die amerikanische General Electric 15 Millionen Reichsmark übernehmen.

Die Nationalsozialisten, die einmal über die Verklawung Deutschlands an das ausländische Kapital tüchtig geschimpft haben, leisten, seit sie Herren über Deutschland sind, dieser Verklawung mächtig Vorschub. Wenn ihnen nicht die weitgehende Hilfe des ausländischen Kapitals zuteil würde, könnten sie freilich ihre immensen Kriegserlöse auch garnicht durchführen.

Der Nahrungsmittelmangel

Der Auftrieb von Rindern, Schweinen, Kälbern und Schafen auf den deutschen Hauptviehmärkten hat in der am 25. Juli endenden Woche erneut abgenommen. Für die ersten sieben Monate liegt damit der Auftrieb bedeutend niedriger als im vorigen Jahre. Die zur Fleischversorgung zur Verfügung stehende Menge ist infolgedessen stark zurückgegangen.

Vom Berliner Buttermarkt wird gemeldet: die Zufuhren deutscher Butter bleiben durch den Eigenbedarf auf dem Lande weiter klein.

Auf dem Eiermarkt haben die seit längerer Zeit anhaltenden geringen Eingänge zu einer bedeutenden Erhöhung der Eierpreise geführt. Sie beträgt zwischen 16 und 30 Prozent.

Auf dem Gebiete der Ernährung tritt demnach der Zusammenbruch der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik früher in Erscheinung als in anderen Teilen.

Armer Schmul!

Kann sich ein Mensch vorstellen, was es heißt, im heutigen Deutschland zu leben und mit dem Vornamen Schmul zu heißen? Drei Viertel aller Juden in den deutschen Witzblättern und in Streichers »Stürmer« heißen Schmul, und wenn ein Antisemit einen Juden etwas ganz besonders Niederträchtiges nachsagen will, dann nennt er ihn einen Schmul.

Einen kleinen Ausschnitt aus dem Leben eines in Deutschland lebenden Mannes, der wirklich Schmul heißt, einen sozusagen aktentmäßigen Ausschnitt, liefert die Zeitschrift »Deutsches Strafrecht«. In trockenem Juristenstil wird dort berichtet, daß ein Mann, der sich den deutschen Vornamen Heinz belegte, obwohl er nach seinem Geburtszeugnis Schmul hieß, von einem gleichgeschalteten Amtsgericht nach § 360, Abs. 8, des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Der Unglückliche appellierte an das Kammergericht, aber das Hohe Kammergericht gab dem Amtsgericht recht und bestätigte die Freiheitsstrafe.

Der arme Schmul sitzt also im Gefängnis und denkt dort über seine Zukunft nach. Was soll er tun? Nennt er sich Schmul, so muß er Spießruten laufen, und nennt er sich Heinz, so kommt er wieder ins Gefängnis. Mit diesem Problem wird er genug zu tun haben, bis er wieder in die deutsche Freiheit entlassen wird. Er wird wahrscheinlich nicht einmal Zeit dazu haben, an die 14.000 Juden zu denken, die im Weltkrieg für Deutschland gefallen sind.

Satisfaktion

Ein 15-jähriger Schüler aus Berlin, der seine Ferien bei Verwandten in Wörlitz bei Dessau verlebte, wurde von dem 13-jährigen Sohn der Verwandten, mit dem er in Streit geraten war, mit einer Mauserpistole erschossen. (Deutsche Pressenmeldung.)

Neuer Vorwärts

Gesetzdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphic«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bzw. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Frs. 2.45 (29.50) Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sb. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lit. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakci: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 196.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.065. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.